# Antrag Nr. 4

der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen

an die 183. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol

**Zukünftige Finanzierung der Lehrlingsförderung**

Bis zum Jahr 2021 fußte die Lehrlingsförderung auf zwei Finanzierungsquellen: Zum einen wurden 0,2 Prozent der jährlichen Einnahmen des Insolvenzentgeltfonds zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung Jugendlicher herangezogen, zum anderen wurden auf Grundlage des Arbeitsmarktpolitikfinanzierungsgesetzes vom Arbeitsministerium ein Teil der Arbeitslosenversicherungsbeiträge der Lehrlingsförderung zur Verfügung gestellt. Es handelten sich dabei um 41 % der zusätzlichen Beiträge, welche durch die Aufhebung der Befreiung von älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern von Arbeitslosenversicherungsbeiträgen erzielt wurden.

Das Budgetbegleitgesetz von 2020 sieht vor, dass aus dem §14 (1) AMPFG für 2022 keine Zahlungen getätigt werden. Ergo erfolgt die Finanzierung für das Jahr 2022 ausschließlich über die Mittel aus dem §13e (1) Insolvenzentgeltsicherungsgesetz. Der Fonds selbst berechnete, dass er für 2022 finanzielle Mittel in der Höhe von knapp € 220 Mio. zur Verfügung stellen wird. Budgetiertes Volumen der Lehrlingsförderung 2022 waren jedoch € 240,2 Mio. (zzgl. € 7,1 Mio. Verwaltungsaufwand). Auf Basis der Berechnung des IESF für 2022 ergibt sich eine Lücke von knapp € 30 Millionen. Es muss also entweder die Lehrlingsförderung gekürzt oder zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Für das Jahr 2023 wird die Finanzierung ausschließlich aus Arbeitsmarktförderungsgeldern getätigt, wobei sogar gleichzeitig ein maximaler Deckel von € 250 Millionen eingezogen wurde. Daraus folgt, dass auch 2023 zu wenig Fördermittel zu Verfügung stehen werden und die Lehrlingsförderungen somit gekürzt werden müssten. Zugleich ist davon auszugehen, dass die größten Förderpositionen - Basisförderung (auf Basis Lehrlingseinkommen) sowie Internatskosten - stärker als die Inflation steigen werden.

**Die 183. Vollversammlung der Arbeiterkammer Tirol fordert daher das Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft auf:**

* Die Rücknahme des Finanzierungsdeckels von 250 Millionen Euro einzuleiten.
* Die Finanzierung durch den Entgeltsicherungsfonds wieder einzuführen bzw. die Lehrlingsförderung in der notwendigen Höhe sicherzustellen.